

Vorlesungsplan: Internationale Organisationen

Prof. Dr. iur. Anne Peters WS 2017/18

Di. 16 ct - 19.00 Uhr, Grabengasse 3-5 / Neue Uni, Hörsaal 06

Stand: 17.10.2017

Internationale Organisationen: Vorlesungsplan

In der heutigen globalisierten Welt existieren mehr internationale Organisationen als Staaten. Sie erfüllen wichtige öffentliche Aufgaben, welche die Staaten schlecht oder gar nicht alleine bewältigen können, weil sie globaler Natur sind. Dies beginnt mit der internationalen Friedenssicherung über den Menschenrechtsschutz, Welthandelsliberalisierung, Sicherung globaler Arbeitsschutzstandards, über Verkehr, Kommunikation, Standardisierung von Maßen und Gewichten und reicht bis zur Seuchenbekämpfung, um nur die wichtigsten Felder und Aufgaben zu nennen.

Durch die Tätigkeit universeller und regionaler Organisationen entsteht oft eine Spannung zwischen wirksamer Aufgabenerfüllung, für welche die Organisationen mit Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet werden müssen, einerseits und der Sorge der Mitgliedstaaten um die Wahrung ihrer Souveränität andererseits. Die einschlägigen rechtlichen Mechanismen, Prinzipien und Verfahren oszillieren dementsprechend zwischen der Verselbständigung der Organisationen und der Rückbindung an die Mitgliedstaaten. Je mehr Befugnisse die Organisationen haben, desto mehr entsteht auch ein Bedürfnis nach einer „verfassungsmäßigen“ Beschränkung ihrer politischen Macht und der rechtlichen Kontrolle ihrer Tätigkeit, nicht nur durch die Mitgliedstaaten, sondern auch durch betroffene Menschen.

Die Vorlesung behandelt Grundzüge des Rechts der internationalen Organisationen in ihren Außenbeziehungen, im Verhältnis zu den Mitgliedern und gegenüber Einzelpersonen. Sie bezieht Fragen der Effektivität und Legitimität internationaler Organisationen ein sowie die Diskussion um ein globales Verwaltungsrecht und Verfassungsrecht. Besonderes Augenmerk wird auf die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation und die internationale Arbeitsorganisation gelegt.

Die Veranstaltung richtet sich an Studierende des Staatsexamensstudiengangs ab dem 5. Semester, an Erasmus- und LL.M.-Studierende sowie an Nebenfachstudierende.

Am letzten Veranstaltungstermin (6. Februar 2018) findet ein Mini-Moot Court zur Vertiefung der in der Vorlesung erworbenen Kenntnisse statt.

Am Ende des Semesters wird für Erasmus- und LL.M.-Studierende sowie Nebenfachstudierende eine mündliche Gruppenprüfung angeboten, nach deren erfolgreichem Bestehen ein benoteter Schein ausgestellt wird. Die Prüfung findet in der Woche nach der letzten Veranstaltung am 6. Februar 2018 statt. Der genaue Prüfungstermin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

5 Termine, jeweils **dienstags, 16 ct - 19.00 Uhr.**

Beachten Sie die allgemeinen Literaturhinweise am Ende des Vorlesungsplanes. Die Vorlesung wird interaktiv und fallorientiert geführt. **Die Lektüre des Materials sowie der passenden Lehrbuchabschnitte (z.B. Ruffert/Walter) vor der jeweiligen Vorlesungsstunde ist Voraussetzung für die Teilnahme.**

1. Vorlesung am 24. Oktober 2017: Grundlagen

1. Lernziele

A. Was sind internationale Organisationen?

1) Die Studierenden haben einen Überblick über heutige wichtige internationale Organisationen (IOs) und ihre Aufgaben (**siehe Dok. Nr. 1_1: Fact Sheet**). Es gibt gegenwärtig ca. 250 internationale Organisationen auf der Welt.

2) In welchen Sach- und Politikgebieten sind IOs tätig? Wo fehlen IOs? Eine atypische internationale Organisation ist der Internationale Strafgerichtshof.

Fehlende internationale Organisationen sind: eine globale Umweltagentur, ein globaler Menschenrechtsgerichtshof.

3) Die Studierenden kennen Theorien der internationalen Integration und Kooperation, insbesondere Funktionalismus und Konstitutionalismus.

4) Die Studierenden kennen die Geschichte der internationalen Organisationen seit dem 19. Jahrhundert: Kongresse, Verwaltungsunionen; Flusskommissionen; erste NGOs; Weltausstellungen. Nach dem 1. Weltkrieg: Völkerbund und ILO.

5) Die Studierenden kennen die Einteilungen internationaler Organisationen:

- Kooperations- versus Integrations-Organisationen.
- Regionale versus universelle Organisationen.
- Die supranationale Organisation der EU als Steigerungsform der internationalen Organisation.

Sie können zwischenstaatliche internationale Organisationen abgrenzen von:

- Nichtregierungsorganisationen
- hybriden Organisationen
- Conferences of the Parties (COPs) als „Mini-IOs“
- Staatengruppen wie G8, G20

6) Die Studierenden kennen die Grundprobleme der Effektivität, Repräsentativität und Legitimität der internationalen Organisationen.

Im Hintergrund stehen neue Rechtsgebiete: das internationale Verwaltungsrecht (Global Administrative Law) und das internationale Verfassungsrecht (Stichwort: Konstitutionalisierung der internationalen Organisationen).

B. Die Völkerrechtspersönlichkeit der internationalen Organisationen.

1) Die Basis der Rechtspersönlichkeit und ihre Reichweite.

2) Abgrenzung zur internen Rechtsfähigkeit in den Mitgliedstaaten.

C. Das Gründungsdokument der internationalen Organisationen als besonderer völkerrechtlicher Vertrag

1) Das Gründungsdokument als Vertrag und gleichzeitig als „Verfassung“ der IO.

2) Gründung und Auflösung einer internationalen Organisation.

3) Die Auslegung des Gründungsvertrages: Wer? und Wie? (Anwendbarkeit von Art. 31-33 WVK).

- Besonders dynamische Auslegung?
- Insb. das Problem der nachfolgenden Praxis („subsequent practice“) i.S.v. Art. 32 Abs. 3 lit b) WVK.

4) Die Änderung des Gründungsvertrags (Anwendbarkeit von Art. 39-41 WVK?).

Spannungsverhältnisse:

- zwischen Stabilität und Flexibilität,
- zwischen Organen der IO und den Mitgliedstaaten,
- zwischen Parlamenten und Regierungen.

Typische Änderungsverfahren.

Inkrafttreten der Änderungen: Wie und für wen?

Rechtsquellen

Präambel von Teil XIII des Versailler Vertrages (VV) vom 28. Juni 1919 (die Verfassung der ILO): „Whereas the League of Nations has for its object the establishment of universal peace, and such a peace can be established only if it is based upon social justice; And whereas conditions of labour exist involving such injustice, hardship, and privation to large numbers of people as to produce unrest so great that the peace and harmony of the world are imperilled; (...) The High Contracting Parties, moved by sentiments of justice and humanity as well as by the desire to secure the permanent peace of the world, agree to the following (...)“

Art. 387 VV [entspricht Art. 1 ILO-Verfassung]: „A **permanent organisation** is hereby established for the promotion of the objects set forth in the Preamble. The original Members of the League of Nations shall be the original Members of this organisation, and hereafter membership of the League of Nations shall carry with it membership of the said organisation.“

Art. 2[1] Draft Articles on the Responsibility of International Organizations [«DARIO 2011»] der International Law Commission:

«International organization means an organization established by a treaty or other instrument governed by international law and possessing its own international legal personality. International organizations may include as members, in addition to States, other entities»

Zur Rechtspersönlichkeit:

Art. 47 EUV (Fassung von Lissabon) vom 13. Dez. 2007, in Kraft seit 1. Dezember 2009: „Die Union besitzt Rechtspersönlichkeit.“

Art. 335 AEUV: „Die Union besitzt in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt ist; sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen. Zu diesem Zweck wird sie von der Kommission vertreten. In Fragen, die das Funktionieren der einzelnen Organe betreffen, wird die Union hingegen aufgrund von deren Verwaltungsautonomie von dem betreffenden Organ vertreten.“

Art. VIII Abs. 1, 1. Halbsatz WTO (Beck dtv Nr. 3);

Art. 4 Abs. 1 ICC-Statut (Beck dtv Nr. 45).

Wiener Vertragsrechtskonvention (Beck dtv Nr. 13).

Art. 108 und 109 UN-Charta (Beck dtv Nr. 1).

Fälle

StIGH, *Compétence de la Commission européenne du Danube entre Galatz et Braila*, Avis consultatif, 1927, PCIJ série B no. 14, 8 Dec. 1927.

Reparation for Injuries-Fall (IGH, *Reparation for Injuries Suffered in the Service of the United Nations*, Advisory Opinion, ICJ Reports [1949], S.174 ff.). Nach der Ermordung Graf Bernadottes, eines UN-Vermittlers in Palästina, durch zionistische Terroristen, richtete die UN-Generalversammlung 1948 an den IGH ein Ersuchen um ein Rechtsgutachten u.a. zu der Frage, ob die UN als Organisation die Kompetenz habe, in eigenem Namen internationale Ansprüche gegen Staaten geltend zu machen (**Dok. Nr. 1_2**).

EuGH, Rs. 26/62, *Van Gend & Loos*, 5. Feb. 1963, Slg. 1963, 7 (**Dok. Nr. 1_3**).

Die BIZ: Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Sitz in Basel) wurde nicht mittels eines normalen zwischenstaatlichen Gründungsvertrages errichtet, ihre Mitglieder sind nicht Staaten, sondern Zentralbanken, und ihre Rechtsform ist die einer Aktiengesellschaft nach schweizerischem Recht. Handelt es sich um eine internationale Organisation? Siehe Partial Award on the lawfulness of the recall of the privately held shares on 8 January 2001 and the applicable standards for the valuation of the shares, Schiedsspruch vom 22. November 2002, Rdn. 104–118, veröff. in: Permanent Court of Arbitration (PCA) (Hrsg.), *Bank for International Settlement Arbitration Awards* (The Hague 2003, S. 1 ff.).

Vertiefungslektüre

Benedict Kingsbury/Nico Krisch/Richard Stewart, The emergence of global administrative law, *Law and Contemporary Problems* 68 (2005), 15–61.

Bardo Fassbender, *The United Nations Charter as the Constitution of the International Community* (Leiden: Martinus Nijhoff, 2009).

Anne Peters, International Organisations and International Law, in: Jakob Katz Cogan/Ian Hurd/Ian Johnston (eds), *Oxford Handbook of International Organisations*, Chapter 2, 33–59 (**Dok. Nr. 1_4**).

Anne Peters/Simone Peter, International Organizations: Between Technocracy and Democracy, in: Bardo Fassbender/Anne Peters (eds), *Oxford Handbook of the History of International Law* (Oxford: Oxford University Press 2012), 170–197 (**Dok. Nr. 1_5**).

Anne Peters, Das Gründungsdokument internationaler Organisationen als Verfassungsvertrag, *Zeitschrift für öffentliches Recht* 68 (2013), 1–57.

Jan Klabbers, The EJIL Foreword: The Transformation of International Organizations Law, *European Journal of International Law* 26 (2015), 9–82.

2. Vorlesung am 21. November 2017:

Die internationalen Organisationen und ihre Mitgliedstaaten

A. Die Mitglieder als „Herren der Verträge“?

- Mitgliedstaaten allgemein:
 - Gründungsmitglieder.
 - Aufnahme von Mitgliedern, u.U. geknüpft an Bedingungen.
 - Austritt von Mitgliedern.
 - Ausschluss eines Mitglieds.
 - Nachfolge in die Mitgliedschaft.

- Loyalitätspflicht der Mitglieder: Art. 2 Abs. 5 UN-Charta (dtv Nr. 1); Art. 4 Abs. 3 EUV.
- IOs als Mitglied einer IO:
EU in WTO (Art. XII WTO-Abkommen; dtv Nr. 3).
- Die Repräsentanten der Mitgliedstaaten in den IOs:
 - „Dédoublement fonctionnel“ (*Georges Scelle*).
 - Gleichheit und Ungleichheit der Mitgliedstaaten. Bsp.: Art. 27 UN-Charta.
 - Mechanismen der Kontrolle der *compliance* der Mitglieder.
 - Sanktionen gegen ein Mitglied.

B. Kompetenzaufteilung zwischen IO und Mitgliedstaaten:

- Prinzip der Spezialität:
IGH, *WHO-Gutachten 1996 (Dok. Nr. 2_1)*; Art. 4 und 5 Abs. 1 EUV (*unten*).
 - Keine Kompetenz-Kompetenz der IO.
 - Aber „implied powers“ (IGH, *Reparation for Injuries* (1949) – **Dok. Nr. 1_2**).
- Arten der Kompetenzen:
 - Exklusive,
 - parallele,
 - konkurrierende Kompetenzen.
- *Ultra vires*-Handeln der Organisation als Ganze.
Rechtsfolge: Vermutung der *intra vires*; bei Widerlegung Nichtigkeit des Rechtsakts.

C. Mitwirkung in IOs als Nicht-Mitglied

- Beobachterstaaten (z.B. Palästina);
- „Participation“ von NGOs.

D. Die Rolle des Sitzstaates

- Sitzabkommen.
- Die Rechtspersönlichkeit der Organisation im *nationalen* Recht (vgl. z.B. Art. 104 UN-Charta).

Rechtsquellen

Zu Gründungsmitgliedern:

- Art. 3 UN-Charta (dtv Nr. 1).
- Art. XI WTO (dtv Nr. 3)

Zur Aufnahme von Mitgliedern:

- Art. 4 UN-Charta.
- Art. 3 Europarat.
- EU: Art. 49 EUV und die „Kopenhagen-Kriterien“ (1993); Stichwort „*acquis communautaire*“.
- Art. XII WTO; Stichwort „*accession conditions*“.

Zu Sanktionen gegen MS:

- Art. 19 UN-Charta (dtv Nr. 1).

- Art. 8 Satzung d. Europarats (dtv Nr. 2)
- Artikel 7 EUV.

Ausschluss eines Mitglieds:

- Art. 6 UN-Charta.

Zum Sitzstaat:

- UN-Headquarters Agreement zwischen den UN und der Schweiz vom 11. Juni/1. Juli 1946, SR 0.192.120.1.
- Art. 11 Satzung des Europarates (1949): „Der Europarat hat seinen Sitz in Straßburg.“

Zum Austritt von Mitgliedern:

- Art. 7 Europarat (dtv Nr. 2).
- Art. 50 EUV (seit Lissabon); Brexit (2016).

Fälle

Fall: Die Weltgesundheitsorganisation (**WHO**) legte dem IGH die Frage zur Begutachtung vor, ob eine Androhung der Benutzung von **Nuklearwaffen** oder deren tatsächliche Anwendung Normen des Völkerrechts verletze.

Frage: War dieser Antrag zulässig? Siehe Art. 96 Abs. 2 UN-Charta; Art. 65 IGH-Statut, Beck dtv Nr. 35 (IGH, *Legality of the Use by a State of Nuclear Weapons in Armed Conflict*, Advisory Opinion [WHO], ICJ Reports [1996], S. 66) (**Dok. Nr. 2_1**).

Fall: IGH, *Conditions of Admission of a State to Membership in the United Nations (Article 4 of the Charter)*, Advisory Opinion of 28 Mai 1948, ICJ Reports 1948, 57.

Fall: Die Mitgliedschaft **Palästinas** in IOs.

Im Jahr 2012 wurde Palästina von der UN-Generalversammlung zum **Beobachterstaat ohne Mitgliedschaft** («non-member observer state status») aufgewertet (A/RES/67/19). Daraufhin trat Palästina zahlreichen völkerrechtlichen Verträgen bei, die grundsätzlich nur souveränen Staaten zum Beitritt offen stehen: z.B. UN-Pakt I und II (2014); CEDAW (2014); Genfer Konventionen und Zusatzprotokolle (2014/2015); Haager Landkriegsordnung (2014); WÜD (2014); WVK (2014); ICC-Statut (2015); Interpol (2017).

Vorgeschichte: Im September 2011 hatte der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde (gleichzeitig Vertreter der PLO) einen Antrag auf **Aufnahme** in die Vereinten Nationen gestellt. Der Sicherheitsrat erteilte der Generalversammlung keine Aufnahmeempfehlung für Palästinas Antrag. Siehe Security Council Report S/2011/705. Die Aufnahmeempfehlung des Sicherheitsrates ist nach Art. 4 Abs. 2 UN-Charta erforderlich für die Beschlussfassung der Generalversammlung über die Aufnahme. „Palästina“ wurde einige Wochen später, am 23. Nov. 2011 als Mitglied *in die UNESCO* aufgenommen.

(1) Kann Palästina als Mitglied in die UN aufgenommen werden? Welche materiellen Voraussetzungen müssen erfüllt sein? In welchem Verfahren? Bedingungen? (2) Gibt es andere Möglichkeiten der Mitwirkung? Hierzu **Art. 4 und Art. 27** UN-Charta.

Fall: Die **Mitgliedschaft Russlands und Serbiens in den UN**.

1991 löste sich die damalige UdSSR auf. Der Gründungsvertrag von Alma Ata der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) vom 21. Dezember 1991 gilt als Auflösungsdatum der Sowjetunion. Es ist umstritten, wie dieser Prozess rechtlich zu qualifizieren ist.

Meinung 1: Sezession der anderen Republiken von Russland. Russland hat als einzige Republik nicht seine Unabhängigkeit erklärt. Rechtsfolge wäre: Russland ist identisch mit der früheren SU, hat somit alle deren VR-Rechte und -Pflichten inne.

Meinung 2: Dismembration (Auflösung) der SU. Rechtsfolge wäre: Alle Staaten, auch Russland sind Rechtsnachfolger der SU. Rechte und Pflichten müssten speziell übernommen werden und dabei verteilt werden.

Meinung 3 (eine Art Mittelmeinung, die von Russland selbst propagiert wird): Russland als „continuer state“. In Bezug auf die UN: Russland übernahm allein die Mitgliedschaft in den UN (und auch den ständigen Sitz im Sicherheitsrat). Dies kann dadurch gerechtfertigt werden, dass Russland 76 Prozent der Fläche der UdSSR besitzt und vor allem, weil alle anderen GUS-Staaten dieser Nachfolge zustimmten. Die anderen Nachfolgestaaten der UdSSR sind Neumitglieder der UN, die nach Art. 4 UN-Charta beigetreten sind.

Jugoslawien in den UN: 1991 fand – anders als im Falle der UdSSR – eine fortgesetzte Sezession von Teilrepubliken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) statt. Die SFRJ hörte auf zu existieren. Trotz des Untergangs des Völkerrechtssubjekts SFRJ wurde diese nicht förmlich ausgeschlossen. Es wurden nur die Mitgliedschaftsrechte (des nichtexistenten [!] Staates) „eingefroren“. Die Föderative Republik Serbien und Montenegro (FRJ) durfte nicht die Mitgliedschaft der ehemaligen SFRJ in den UN übernehmen.

Am 1. November 2000 wurde die FRJ nach Art. 4 UN-Charta als neues UN-Mitglied aufgenommen (2003: Umwandlung der FRJ in die „Union Serbien und Montenegro“; 2006: Sezession Montenegros).

Fall: Die Aufnahme Russlands in den Europarat (1996).

Russland stellte im Jahr 1992 einen Antrag auf Aufnahme in den Europarat. Die Parlamentarische Versammlung prüfte das Gesuch und forderte Russland zur Ratifikation der EMRK auf sowie zur Abschaffung der Todesstrafe. Siehe hierzu **Art. 3** der Satzung des Europarats (Beck dtv Nr. 2). Russland erließ nur ein Moratorium zur Vollstreckung der Todesstrafe. Am 28. Februar 1996 wurde der Staat in den Europarat aufgenommen. (Erst) am 5. Mai 1998 ratifizierte Russland die EMRK. Der Staat schaffte erst 2009 die Todesstrafe endgültig ab.

Frage: War die Aufnahme rechtmäßig? Welche politischen Argumente könnten eine Rolle gespielt haben?

Fall: Die Aufnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien in die NATO. Griechenland sträubte sich gegen die Aufnahme der ehemaligen Teilrepublik Jugoslawiens in die UN, in andere Organisationen und auch in die NATO wegen deren Verwendung des Namens „Makedonien“. In SR Resolution 817 empfahl der SR der GA, den Staat vorläufig für alle UN-Zwecke als „former Yugoslav Republic of Macedonia“ zu bezeichnen und unter diesem Namen war M. auch im Jahr 1993 UN-Mitglied geworden. Die Staaten M. und G. schlossen 1995 einen „Interim Accord“, in dem sich G. verpflichtete, sich Aufnahmeanträgen Ms in andere Organisationen nicht zu widersetzen.

Ms Antrag auf Aufnahme in die NATO wurde auf dem Gipfel von Bukarest im Jahr 2008 geprüft. G. erwirkte jedoch, dass die NATO keine Einladung zum Beitritt nach **Art. 10 NATO-Vertrag** (Beck dtv Nr. 5) aussprechen solle, mit der Begründung, dass die Namensfrage noch nicht endgültig geregelt sei. M. machte geltend, G. habe den Interim Accord verletzt und klagte vor dem IGH.

Siehe hierzu IGH, *Application of the Interim Accord of 13 Sept. 1996* (Former Yugoslav Republic of Macedonia v. Greece), Urteil vom 5. Dezember 2011.

Fall: Kompetenzen der Walfangkommission: Das internationale Walfangabkommen von 1946 erlaubt die Tötung von Walen zu wissenschaftlichen Zwecken: «Notwithstanding anything contained in this Convention any Contracting Government may grant to any of its nationals a special permit authorizing that national to kill, take and treat whales for purposes of scientific research subject to such restrictions as to number and subject to such other conditions as the Contracting Government thinks fit, and the killing, taking, and treating of whales in accordance with the provisions of this Article shall be exempt from the operation of this Convention. (...)» (Art. VIII Abs. 1). Nach dem Abkommen kann die internationale Walfangkommission (IWC) unter anderem Empfehlungen an die Vertragsparteien abgeben, die mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden (Art. III Abs. 2). Die IWC hat in mehreren Empfehlungen, in denen Japan überstimmt wurde, den angeblich wissenschaftlichen Walfang Japans kritisiert. Australien verklagte Japan mit dem Argument, dass sein «wissenschaftliches Programm», in dem Wale getötet wurden, in Wirklichkeit kommerziellen Zwecken diene. Wie wirken die Empfehlungen der IWC auf die Auslegung von Art. VIII Abs. 1 der Konvention? Beachten Sie Art. 31 Abs. 3 WVK! (IGH, *Whaling in the Antarctic* (Australia v. Japan: New Zealand Intervening), Urteil vom 31. März 2014, Rdn. 45 u. 83).

Fall zum Thema der Auslegung und Änderung des Gründungsvertrags: Das neue strategische Konzept der NATO (1999). Handelte es sich um eine Änderung des NATO-Vertrages oder nur um eine dynamische Auslegung? Spielt dies aus der Perspektive des Verfassungsrechts der Mitgliedstaaten eine Rolle?

Hierzu BVerfGE 104, 151, 199 ff. (2001) (**Dok. Nr. 2_2**).

3. Vorlesung am 12. Dezember 2017:

Organe und Rechtsakte

A. Typische Strukturen von IOs

- Das „Innenrecht“ als besonderes Völkerrecht.
- Typische Organe von IOs: Plenarorgan; daneben u.U. verkleinertes Mitgliederorgan; u.U. daneben parlamentarisches Organ; Sekretariat; Streitschlichtungsorgan.
Deren
 - Zusammensetzung,
 - Funktionenverteilung,
 - institutionelles Gleichgewicht.
- Hauptorgane und Nebenorgane (z.B. Art. 7, 22, 29 UN-Charta).
- Die Erzeugung von Sekundärrecht und die Arten der Rechtsakte.
 - Bindende und nicht bindende Akte.
 - Interne Akte und solche mit Außenwirkung.
- Die Rechtssetzungsverfahren
 - Stimmengewicht: „one state one vote“ oder Ponderierung.
 - Kriterien für die Stimmengewichtung: Bevölkerung; Finanzkraft.
 - Einstimmigkeit; Konsensverfahren; Mehrheitsabstimmungen; qualifizierte Mehrheiten.
 - Anwesenheitsrechte von NGOs.
 - die Rolle parlamentarischer Versammlungen (z.B. Art. 22 Satzung Europarat).
 - Rolle der nationalen Parlamente (z.B. Art. 25 Satzung EuR).
 - die Interparlamentarische Union (IPU).→ Demokratisches Defizit bei der Rechtserzeugung?
- Der Rang und die Wirkungen des Sekundärrechts in den Mitgliedstaaten (insb. die unmittelbare Anwendbarkeit des Sekundärrechts)?

- Die Kontrolle der Legalität der Akte von IOs durch die MS: Anhand welchen Masstabs?
- *Ultra vires*-Handeln:
 - einzelner Organe
 - der Organisation als Ganzer.
- Das Personal: „international civil service“.
 - Die Unabhängigkeit des Personals von den Mitgliedstaaten; geographische Verteilung; Immunitäten und Privilegien.
 - Die Verwaltungstribunale: In den Vereinten Nationen existieren das Dispute Tribunal und Appeals Tribunal.
- Finanzierung von IOs: Mitgliedsbeiträge; Ausgaben der UN; Haushaltszuständigkeit.

B. Aussenhandeln der IOs als Völkerrechtssubjekte

- Die Vertragsschlusskompetenz von IOs, inkl. der Praxis der „gemischten Verträge“ der EU.
- Kompetenzabgrenzungen und Konflikte zwischen IOs, z.B. zwischen UN und EU.
- Diplomatische Beziehungen, aktives und passives Gesandtschaftsrecht (z.B. Missionen bei der UN); diplomatischer Schutz zugunsten internationaler Bediensteter.

Rechtsquellen

- UN-Charta, WTO-Gründungsvertrag; Satzung d. Europarats; NATO (jeweils diverse Vorschriften). Art. 10 u 11 EUV: *siehe unten*.
- Wiener Konvention über das Recht der Verträge zwischen Staaten und internationalen Organisationen oder zwischen internationalen Organisationen (**WVKIO**) vom 21. März 1986 (noch nicht in Kraft). Es sind hierfür 35 Ratifikationen durch Staaten erforderlich, zurzeit liegen nur 31 Ratifikationen von Staaten sowie 12 Ratifikationen von internationalen Organisationen vor (Stand März 2016).
Art. 6 der WVKIO: «Die Fähigkeit einer internationalen Organisation, Verträge zu schließen, bestimmt sich nach den Vorschriften dieser internationalen Organisation.» Diese Regel gilt als Gewohnheitsrecht.
- Art. 57 UN-Charta zur „UN-Familie“.
- Für die EU:
 - Titel V des EUV „Allgemeine Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union und besondere Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (Art. 21-46).
 - AEUV, fünfter Teil: „Das auswärtige Handeln der Union“ (Art. 205-222).
- Declaration of the high-level meeting of the General Assembly on the rule of law at the national and international levels, A/RES/67/1 of 24 Sept. 2012 (**Dok. Nr. 3_1**)
- Cooperation Agreement between the United Nations and the Inter-Parliamentary Union of 21 July 2016 (**Dok. Nr. 3_2**).
- General Assembly, Resolution of 25 July 2016 “Interaction between the United Nations, National Parliaments and the Inter-Parliamentary Union”, UN Doc. AS 70/298 (**Dok. Nr. 3_3**)
- Fact Sheet ACT (**Dok. Nr. 3_4**)

Fälle

Sperrmauer-Fall: Die Generalversammlung hatte ihre 10. Notfall-Sondersitzung (Emergency Special Session) im Jahr 1997 einberufen und in deren mehrjähriger Sitzungsperiode im Dezember 2003 die Einholung des Gutachtens zur israelischen Sperrmauer beschlossen. Zwar hat der Sicherheitsrat die primäre Verantwortung für die Sicherung des Weltfriedens (Art. 24 UN-Charta). Diese ist aber nicht exklusiv. Die Generalversammlung darf grundsätzlich daneben tätig werden (vgl. Art. 11 und Art. 12 UN-Charta). Unter zwei speziellen Voraussetzungen ist eine Emergency Special Session der Generalversammlung zulässig, auf der diese sogar **Empfehlungen für Maßnahmen zur Beendigung der Friedensbedrohung** abgeben darf: Es muss (1) nach objektiver Betrachtung eine Bedrohung des Weltfriedens vorliegen, und (2) es muss absehbar sein, dass der Sicherheitsrat (insbesondere wegen der Vetodrohung eines P5) keine Entscheidung treffen wird. Diese Voraussetzungen lagen vor (vgl. Gutachten Rn. 19). Der IGH hielt den auf der Sondersitzung angenommenen Beschluss deshalb nicht für *ultra vires*, sondern für wirksam.

Fall: EuGH, 22. Mai 1990, Rs. 70/88, *Europäisches Parlament v. Rat der EU*, Slg. 1990, I-02041 – *Tschernobyl* (**Dok. Nr. 3_5**).

Außerdem

IGH, *Legal Consequences for States of the Continued Presence of South Africa in Namibia (South-West Africa) Notwithstanding Security Council Resolution 276 (1970)*, Advisory Opinion, ICJ Reports 1971, 16.

IGH, *Certain Expenses of the United Nations*, Advisory Opinion of 20th July 1962, ICJ Reports 1962, 151.

Weiterführende Lektüre

Enzo Cannizzaro/Paolo Palchetti, *Ultra vires Acts of International Organizations*, in: Jan Klabbers/Åsa Wallendahl (Hrsg.), *Research Handbook on the Law of International Organizations* (Cheltenham: Edward Elgar 2011), S. 365 ff.

UN GS, *In Larger Freedom: Towards Development, Security and Human Rights for All*, Report of the Secretary-General of 21 March 2005 (UN Doc A/59/2005), Rn. 190 ff. zur Reform der UN.

Zur IMF-Reform

Mark Weisbrot/Jake Johnston, “Voting Share Reform at the IMF: Will it Make a Difference?” Center for Economic and Policy Research April 2016 (**Dok. Nr. 3_6**).

Peter Zöllner, “The renminbi in the SDR basket and its future role in the international financial system” speech in the Bank for International Settlements (BIS), (Head of Banking Department, BIS, to the 2016 MEFMI Governors’ Forum, Dar Es Salaam, 20 June 2016) (**Dok. Nr. 3_7**).

4. Vorlesung am 16. Januar 2018:

Die Pflichten internationaler Organisationen und ihre internationale Verantwortung bei Völkerrechtsverletzungen

A. Rechtliche Bindungen und Pflichten

- Bindung an allgemeines Völkerrecht.
- Bindung an Menschenrechte am Beispiel der Sanktionen des Sicherheitsrats der UN.

- Bindung an IHL.

B. Internationale Verantwortung

Grundsatz des Art. 3 u 4 DARIO 2011: Auslösung der internationalen Verantwortung durch:

- (1) Völkerrechtswidriges Verhalten/Völkerrechtsverletzung.
- (2) Zurechnung.

Anwendungsfälle:

- Wer haftet bei Völkerrechtsbrüchen nationaler Truppen bei Autorisierung durch den SR nach Kap VII?
- Wer haftet bei Völkerrechtsbrüchen von Truppen bzw. Polizei im Rahmen einer NATO-Militäraktion mit anschließender UN-Verwaltung (internationale zivile und Sicherheitspräsenz auf der Grundlage von SR-Res 1244 in Kosovo 1999)?
- Wer haftet bei Völkerrechtsbrüchen von Mitgliedern nationaler Kontingente in Peacekeeping-Truppen (Peacekeeping-Operation = Sonderorgan der UN)? (siehe Art. 6 DARIO).

Verantwortung der Organisation selbst

(I) Direkte Verantwortung der IO:

Zu (1): Völkerrechtsverletzung. Voraussetzung ist, dass die verletzte Völkerrechtsvorschrift überhaupt die IO bindet, nur dann kann sie sie auch verletzen. Problematisch bei Menschenrechten und IHL.

Zu (2): Zurechnung.

Art. 6 DARIO: Verhalten von Organen oder „agents“. Wer ist ein „agent“ der Organisation? (siehe Art. 2 (d) DARIO).

Art. 7 DARIO: Verhalten von staatlichen Organen (z.B. Soldaten), die der Organisation zur Verfügung gestellt wurden („disposal“).

Das Schlüsselkriterium ist „effective control“. Die Frage ist also, wer den militärischen Oberbefehl hat über die gesamte Operation und über einzelne Handlungen.

Hier ist für die Zurechnung von Bedeutung: das exakte Mandat; die nationalen „caveats“; die „rules of engagement“ (ROE); die Befehlsketten (**operationelles** Kommando, nicht nur „allgemeines“ oder strategisches Kommando); die Straf- und Disziplinargewalt über die Soldaten.

(II) Die Verantwortung der Organisation als akzessorische („in connection with“) zur Verantwortung der MS (Kap. IV DARIO 2011).

Art. 14: „aid and assistance“ (≈ Beihilfe) durch die IO.

Art. 15: „direction and control“ der MS durch die IO.

Die parallele (oder subsidiäre oder komplementäre) Verantwortung der Mitgliedstaaten.

- Rechtspolitische Argumente für und gegen eine solche Verantwortung der MS („piercing the organisational veil“).
- Keine automatische Verantwortung kraft Mitgliedschaft in der IO. Wie verhielte sich eine automatische Haftung zur eigenständigen Rechtspersönlichkeit der IO? Wäre es eine Verantwortung aller Mitglieder oder nur der (politisch oder rechtlich) maßgeblichen? Muss man nicht Handeln von Organen ohne Staatenvertreter (z.B. Sekretariat der UN) von Handeln von Organen mit Staatenvertretern (z.B. UN SR) unterscheiden?
- Es gilt der Grundsatz: „Keine Flucht in die internationale Organisation“. Was ist der Anknüpfungspunkt der Haftung der MS nach diesem Grundsatz?

- Die Unterscheidung von „gebundenem“ Handeln der MS und Handeln mit Spielraum (z.B. Umsetzung einer EU-Richtlinie). In welcher Situation liegt eine eigene Verantwortung des MS näher?
- Bei Auslandseinsätzen (nach Kap VII oder im Peacekeeping, etc.) kommt die Frage der extraterritorialen Anwendbarkeit der Menschenrechte, insb. nach der EMRK, hinzu. Typische betroffene Menschenrechte sind: Freiheit der Person insb. Erfordernis der gesetzlichen Grundlage und Recht auf unverzügliche Vorführung vor den Richter (bei Durchsuchungen, Festnahmen, Internierung, Überstellungen); Recht auf ein faires Verfahren; körperliche Unversehrtheit.

C. Neben der internationalen Verantwortung (der IO und/oder des MS)

- Die individuelle **strafrechtliche** Verantwortlichkeit einzelner Soldaten (z.B. von Peacekeeping-Truppen).
- Die Pflicht des MS zur Einhaltung des **nationalen** Rechts (z.B. nationale Grundrechte).

D. Territorialverwaltung durch internationale Organisationen

Wer haftet bei Territorialverwaltung durch internationale Organisationen im Vorfeld der Entstehung eines unabhängigen Staates und sogar nach der Unabhängigkeitserklärung?

- Osttimor (1999-2002), auf der Grundlage von SR-Res. 1272 (1999).
- Kosovo (1999-2008) auf der Grundlage von SR-Res. 1244 (1999).
- Bosnien-Herzegowina (1995-2002), Grundlage SR-Res. 1035 (1995).

C. Rechtsschutzmöglichkeiten

I. Vor nationalen Instanzen

Wegen der Immunität der IO (siehe unten) besteht prinzipiell kein Zugang zu staatlichen Gerichten → Ein alternativer Rechtsbehelf ist erforderlich um einen „accountability gap“ zu vermeiden.

II. Internationale Instanzen

Hier ist zu unterscheiden zwischen dem Rechtsschutz für Angestellte der IO und dem für Außenstehende.

Haben einzelne Außenstehende Rechtsschutzmöglichkeiten gegen eine IO?

- Die Ombudsstelle für das UN SR-Sanktionenregime 1267 seit 2009.
- Das World Bank Inspection Panel seit 1993.
- Territorialverwaltung in Kosovo: Human Rights Advisory Panel (HRAP) seit 2006 und Human Rights Review Panel (HRRP) für EULEX seit 2010.

D. Vorrechte und Immunitäten internationaler Organisationen

- Die Studierenden kennen die Begriffe „Immunitäten“ und Vorrechte („privileges“) und „Unverletzlichkeit“ (inviolability; bezieht sich auf die Räume).
- Die Studierenden kennen die Ratio der Immunität internationaler Organisationen (auch im Vergleich zur Immunität von Staaten).
- Sie kennen die möglichen Rechtsgrundlagen: Gründungsdokument, Sitzabkommen, möglicherweise Völkergewohnheitsrecht (letzteres umstritten).
- Sie können folgende Immunitäten unterscheiden:
 - Immunität der Organisation als Ganzer und ihres Vermögens;
 - Immunität von Bediensteten;
 - Immunität von Vertretern der Mitgliedstaaten in der IO (analog zu Diplomaten);
 - Immunität von „experts on mission“ (wie z.B. Sonderberichterstatter, etwa des UN-Generalsekretärs oder des Menschenrechtsrats u.ä.).

- Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten.
- Sie kennen die Reichweite der Immunitäten in verschiedenen Verfahren: Zivilgerichtsbarkeit; Strafgerichtsbarkeit; Verwaltungsgerichtsbarkeit.
- Sie können zwischen der Immunität in Gerichtsverfahren und in Vollstreckungsverfahren unterscheiden.
- Sie kennen die Möglichkeit des Immunitätsverzichts (waiver).
- Sie kennen das Problem des Missbrauchs der Immunität (abuse).
- Die Studierenden erkennen das Spannungsverhältnis zur Rechtweggarantie (z.B. nach Art. 6 EMRK) und das Erfordernis einer *vernünftigen alternativen Rechtsschutzmöglichkeit*. Wie kann und muss diese alternative Rechtsschutzmöglichkeit ausgestattet sein?

Rechtsquellen zu Rechtsbindungen von IOs

- Art. 1 EMRK (dtv Nr. 16).
- Draft Articles on the Responsibility of International Organisations („DARIO 2011“), Report of the ILC, 63d sess., GA OR 66, suppl. no. 10 (UN Doc. A/66/10), angenommen am 12. August 2011 (**Dok. Nr. 4_1**).
- International Law Association, Accountability of International Organisations, Final Report (2004).
- Secretary-General's Bulletin: Observance by United Nations forces of international humanitarian law, UN-Doc. ST/SGB/1999/13 vom 6. August 1999 (**Dok. Nr. 4_2**).
- UN Peacekeeping Operations: Principles and Guidelines (2008).
- Model Memorandum of Understanding between the United Nations and [Participating State] Contributing Resources to [the United Nations Peacekeeping Operation], Version vom 27. August 1997 (UN Doc. A/51/967).

Rechtsquellen zur Immunität von IOs

- Art. 105 UN-Charta (dtv Nr. 1).
- Art. 40(a) Satzung des Europarates (dtv Nr. 2).
- Art. VIII Abs. 2 WTO (dtv Nr. 3).
- Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations vom 13. Februar 1946 (UNTS Vol. 1 Nr 4) : *Auszug siehe unten*.
- Accord sur les privilèges et immunités de l'Organisation des Nations Unies conclu entre le Conseil fédéral suisse et le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, 11 June/1 July 1946 (RS 0.192.120.1).
- Schweizer Bundesgesetz über die von der Schweiz als Gaststaat gewährten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen sowie finanziellen Beiträge vom 22. Juni 2007, GSG (SR 192.12; in Kraft seit 1. Jan 2008), insb. Kapitel 2 (Art. 2-15).
- Art. 6 EMRK (dtv Nr. 16).
- Art. 14 Abs. 1 UN Pakt II (dtv Nr. 19).

Fälle zu Rechtsbindungen von IOs

ICTY, case No IT-94-1-AR72, *Prosecutor v. Dusko Tadic, Decision on the Defence Motion for Interlocutory Appeal on Jurisdiction*, Appeals Chamber vom 2. Oktober 1995 (**Dok Nr. 4_3**).

Der Angeklagte argumentierte, dass das Tribunal unzulässig sei, weile es keine ausreichende Rechtsgrundlage habe.

EGMR (GK), *Al-Dulimi*: Der irakische Staatsbürger Al-Dulimi, wohnhaft in Jordanien, betreibt die Firma Montana Management und unterhält Konten in der Schweiz. Er fiel unter

UN-SR-Resolution 1483 (2003), welche UN-Mitgliedstaaten verpflichtete, Gelder von Saddam Hussein, dessen Familienmitgliedern sowie von hohen Funktionären des alten Regimes einzufrieren. Al-Dulimi klagte zunächst vor schweizerischen Gerichten. Das Bundesgericht verneinte jedoch seine Zuständigkeit und bekräftigte, dass die Schweiz an UN-SR-Resolutionen gebunden sei, denen Vorrang vor allen anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen (außer vor Ius cogens-Normen) zukomme. Al-Dulimi klagte daraufhin vor dem EGMR mit der Rüge der Verletzung von Art. 6 EMRK (Recht auf Zugang zu Gericht) (EGMR, *Al-Dulimi v. Switzerland*, Urteil der Großen Kammer vom 21. Juni 2016, Beschwer. Nr. 5809/08 (**Dok. Nr. 4_4**)).

Außerdem:

International Chamber of Commerce, Interim Award Regarding Jurisdiction in the Arbitration between Westland Helicopters and the Arab Organization for Industrialization, u.a., Case No. 3879/AS, vom 5. März 1984, ILM 23 (1984), 1071; BGE 120 II 155 (1988) – *Westland Helicopters*.

Fälle zur völkerrechtlichen Verantwortung der Mitgliedstaaten (insbesondere zur Zurechnung)

Rechtsbank (“District Court”) the Hague, *Mothers of Srebrenica (Stichting) and other claimants v. The State* Judgment of July 16th 2014, No. C/09/295247 / HA ZA 07-2973 (**Dok. Nr. 4_5**).

OVG Münster, Urteil vom 18. Sept. 2014 - 4 A 2948/11 (**Dok. Nr. 4_6**).

Außerdem:

EGMR (GK), 18.2.1999, *Matthews v. VK*, Nr. 24833/94.

EGMR, 30.6.2005, *Bosphorus v. Irland*, Nr. 45036/98.

EGMR, 2.5.2007, *Behrami und Saramati v. Frankreich, Deutschland und Norwegen*, Nr. 71412/01 u. 78166/01.

EGMR (GK), 7.7.2011, *Al-Skeini v. VK*, Nr. 55721/07.

Fälle zur Immunität von IOs

IGH, *Applicability of Article VI Section 22 of the Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations*, ICJ Reports 1989, S. 177 ff. – *Fall Mazilu*.

IGH, *Difference Relating to Immunity from Legal Process of a Special Rapporteur of the Commission on Human Rights*, Advisory Opinion, ICJ Reports 1999, S. 63 ff.

EGMR, *Waite and Kennedy gegen Deutschland*, 18. Februar 1999, Beschwer.-Nr. 26083/94, Rdn. 58-76.

Die Herren Waite und Kennedy waren von Beruf Programmierer und arbeiteten beim Europäischen Operationszentrum für Weltraumforschung in Darmstadt, einem Geschäftsbereich der Europäischen Weltraumorganisation ESA (European Space Agency). Im Zusammenhang mit ihrem Arbeitsverhältnis erhoben sie eine Klage gegen die ESA vor einem deutschen Arbeitsgericht in Darmstadt. Das Gericht trat auf die Klage nicht ein, und zwar unter Hinweis auf die völkerrechtliche Immunität. Verletzte dies Art. 6 Abs. 1 EMRK (Zugang zu Gericht)?

EGMR, Stichting Mothers of Srebrenica: Die NGO „Mütter von Srebrenica“ klagte vor niederländischen Gerichten gegen die Vereinten Nationen wegen des Massakers in Srebrenica

(1995). Sie argumentierten, dass die UN für den Völkermord an ca. 8.000 bosnischen Männern und Knaben mitverantwortlich war, weil sie nichts gegen die Aktivitäten der serbischen Truppen (Zusammentreiben und Abtransport der Männer und Knaben) unternommen hatte. Die UN war präsent durch ca. **400 niederländische Blauhelmsoldaten (Dutchbat)**, die auf der Grundlage von Sicherheitsratsresolution 819 (1993) für die Überwachung der „Schutzzone“ von Srebrenica stationiert waren (Peacekeeping Force UNPROFOR auf der Grundlage von Kap VI). Die Peacekeeper hatten nach der Res. nur das Recht auf Selbstverteidigung. Dutchbat war dementsprechend nur mit leichten Waffen und geländegängigen Fahrzeugen, incl. Truppentransportern mit Maschinengewehren bewaffnet. Dutchbat stand zum Zeitpunkt des Völkermordes unter Leitung eines niederländischen Offiziers. Dieser forderte nach dem Einmarsch der Serben in die Schutzzone NATO-Luftunterstützung an, die aber ausblieb.

(EGMR, *Stichting Mothers of Srebrenica v. the Netherlands* [Beschw. Nr. 65542/12], Entscheidung vom 11. Juni 2013 (**Dok. Nr. 4_7**)).

Fall der Cholera in Haiti und die „accountability“ der UN:

Nepalesische Soldaten der UN-Stabilisierungsmission in Haiti (MINUSTAH) schleppten einen Choleraerreger in Haiti ein, der Hunderttausende von Menschen infizierte und dem bereits 8.600 Haitianer zum Opfer fielen. Daraufhin verklagten zwei NGOs, das Bureau des avocats internationaux (BAI) und das Institute for Justice and Democracy in Haiti (IJDH) die Vereinten Nationen im Namen von 5.000 Choleraopfern vor Gerichten des Staates New York (Sitz der Vereinten Nationen). Die NGOs beantragen die Errichtung einer Wasser und Abwasserversorgung, die finanzielle Entschädigung individueller Opfer und eine öffentliche Entschuldigung (<http://www.ijdh.org/cholera/cholera-litigation/>).

Können sich die Vereinten Nationen auf Immunität berufen? Siehe hierzu Art. 105 UN-Charta sowie Convention on the Privileges and Immunities of the UN v. 13. Feb. 1946, Art. II Abs. 2: “The United Nations, its property and assets wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process except insofar as in any particular case it has expressly waived its immunity. (...)“.

Gibt es völkerrechtliche Anspruchsgrundlagen gegen die UN? Sind die UN an Menschenrechte gebunden? Falls Menschenrechte verletzt wurden, haben die Opfer Anspruch auf Entschädigung?

Weitere Beispiele für Immunitätsvorschriften

- Allgemeines UN-Immunitätsabkommen vom 13. Februar 1946 (UNTS vol. 1 no. 4).

Art. II sec. 2: „The United Nations, its property and assets wherever located and by whomsoever held, shall enjoy **immunity from every form of legal process** except insofar as in any particular case it has expressly waived its immunity shall extend to any particular case it has expressly waived its immunity. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution. SECTION 3. The premises of the United Nations shall be inviolable. The property and assets of the United Nations, wherever located and by whom so ever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference, whether by executive, administrative, judicial or legislative action. SECTION 4. The archives of the United Nations, and in general all documents belonging to it or held by it, shall be inviolable wherever located. (...) *Article VI sec. 22.* „Experts (other than officials coming within the scope of Article V) performing missions for the United Nations shall be accorded such privileges and immunities as are **necessary** for the independent exercise of their functions during the period of their missions, including the time spent on journeys in connection with their missions. (...)“.

- Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (*International Labour Organisation*) (Teil XIII des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919), in Kraft seit 10. Januar 1920, i.d.F. vom 20. April 1948 (15 UNTS 40):

Article 40: „1. The International Labour Organisation shall enjoy in the territory of each of its Members such privileges and immunities as are **necessary for the fulfilment of its purposes**. 2. Delegates to the Conference, members of the Governing Body and the Director-General and officials of the Office shall likewise enjoy such

privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions in connection with the Organisation. 3. Such privileges and immunities shall be defined in a separate agreement to be prepared by the Organisation with a view to its acceptance by the States Members.“

- Art. 67(a) Verfassung der Weltgesundheitsorganisation vom 22. Juli 1946 (UNTS vol. 14, S. 185):

„Die Organisation genießt auf dem Gebiete jedes Mitgliedstaates die **für die Erreichung ihres Zieles und die Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen** Privilegien und Immunitäten.“

- Art. 8 Abkommen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Welthandelsorganisation vom 2. Juni 1995 (SR 192.122.632):

„Die Organisation genießt Befreiung von der Gerichtsbarkeit“.

Weiterführende Lektüre

Zur Rechtsbindung

Kristina Daugirdas, ‘How and Why International Law Binds International Organizations’, *Harvard Journal of International Law* 57 (2016) 325–381.

Jan Wouters et al., ed., *Accountability for Human Rights Violations by International Organisations* (Cambridge: Intersentia, 2010)

Council of Europe, Parliamentary Assembly, Committee on Legal Affairs and Human Rights, *Accountability of International Organisations for Human Rights Violations*, Report by José Maria Beneyto, Doc. 13370, 17 December 2013

Anne Peters, “Art. 25,” in *A Commentary to the Charter of the United Nations*, ed. Bruno Simma et al. (Oxford: Oxford University Press, 2nd ed., 2012), 787–854, MN 109–23.

Zur völkerrechtlichen Verantwortung von IOs:

Kristina Daugirdas, “Reputation and the Responsibility of International Organizations,” *European Journal of International Law* 25 (2014), 991–1018.

Zur völkerrechtlichen Verantwortung der involvierten (z.B. truppenstellenden) Mitgliedstaaten:

Isabelle Ley, *Neuere Entwicklungen im Recht der Verantwortungsverteilung zwischen truppenentsendenden Staaten und internationalen Organisationen im Rahmen internationaler Einsätze - Überlegungen anlässlich des Berufungsurteils des OVG Münster v. 18.09.2014*, Az. 4 A 2948/11, DVBl 14 (2015), 874-882.

Zur Immunität von IOs:

August Reinisch, ed. *The Privileges and Immunities of International Organizations in Domestic Courts* (Oxford: Oxford University Press, 2013).

Thore Neumann/Anne Peters, *Beer and Regan v. Germany*, App. No. 28934/95 and *Waite and Kennedy v Germany*, App No. 26083/94, European Court of Human Rights, 18 February 1999, in: Cedric Ryngaert/Ige F. Dekker/Ramses A. Wessel/Jan Wouters (Hrsg.), *Judicial Decisions on the Law of International Organizations* (Oxford: Oxford University Press 2016), 392-405.

Zu gezielten Sanktionen

Thomas J. Biersteker/Sue E. Eckert/Marcos Tourinho (Hrsg.), *Targeted Sanctions*: Cambridge: CUP 2016.

Anne Peters, “The New Arbitrariness and Competing Constitutionalisms: Remarks on ECtHR Grand Chamber *Al-Dulimi*”, *EJIL Talk! Blog of the European Journal of International Law*, 30 June 2016. <http://www.ejiltalk.org/the-new-arbitrariness-and-competing-constitutionalisms-remarks-on-ecthr-grand-chamber-al-dulimi/> (**Dok. Nr. 4_8**).

zu Haiti

José Alvarez, "The United Nations in the Time of Cholera", AJIL Unbound April 2014
<http://www.asil.org/blogs/united-nations-time-cholera> (Dok. Nr. 4_9).

Report of the Special Rapporteur on extreme poverty and human rights (Philip Alston),
Report on Cholera in Haiti, UN Doc A/71/40823 of 5 Aug. 2016.

5. Mini Moot Court am 6. Februar 2018

Informationen erfolgen in der Vorlesung

Materialien zur Vorlesung

Bitte bringen Sie unbedingt zu jeder Vorlesung eine Textausgabe zum Völkerrecht mit!
Entweder:

Randelzhofer (Hrsg.), Völkerrechtliche Verträge, 14. Aufl., München: dtv Beck 2016
oder

Tomuschat/Walter (Hrsg.), Völkerrecht, 7. Aufl., Baden-Baden: Nomos 2016

Die Materialien (Vorlesungsplan und Dokumente) stehen im Netz unter <http://www.jura.uni-heidelberg.de/service/materialien.html?nid=3245>.

Die Dateien werden nach der ersten Vorlesungstunde passwortgeschützt. Das Passwort erhalten Sie in meiner Vorlesung.

Allgemeine Literatur

Matthias Ruffert/Christian Walter, Institutionalisiertes Völkerrecht, 2. Aufl. (München: C.H. Beck 2015).

Anne Peters, Völkerrecht: Allgemeiner Teil, 4. Aufl. (Zürich: Schulthess 2016).

Henry Schermers/Nils Blokker, International Institutional Law: Unity within Diversity (5. Aufl. Dordrecht: Martinus Nijhoff 2011).

Evelyne Lagrange/Marc Sorel (Hrsg.), Droit des Organisations Internationales (Paris: LGDJ, 2013).

Eyal Benvenisti, The Law of Global Governance, Recueil des Cours vol. 368 (Pocketbooks of the Hague Academy of International Law 2014).

Jan Klabbers, An Introduction to International Organizations Law (3. Aufl., Cambridge: Cambridge University Press 2015).

Jacob Katz Cogan/Ian Hurd/Ian Johnstone (Hrsg.), The Oxford Handbook of International Organizations (Oxford: Oxford University Press 2016) [The Oxford Handbook of International Organizations](#).

Cedric Ryngaert/Ige F. Dekker/Ramses A. Wessel/Jan Wouters (Hrsg.), Judicial Decisions on the Law of International Organizations (Oxford: Oxford University Press 2016).